

## **BADEN-WÜRTTEMBERG SETZT SICH FÜR DEN SCHUTZ VON PROSTITUIERTEN EIN**

1 BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg hält es für ein wichtiges politisches Ziel, gerade  
2 vor dem Hintergrund der grünen Grundwerte der Unantastbarkeit der Menschenwürde, der  
3 Selbstbestimmung und der Geschlechtergerechtigkeit, dass Menschen vor Ausbeutung,  
4 Zwangsprostitution und Menschenhandel, wie sie im Bereich der Prostitution in Deutschland  
5 stattfinden, wirksam geschützt werden.

6 Prostitution bedeutet nicht gleich Menschenhandel. Aber wir sind uns bewusst, dass Men-  
7 schenhandel und Ausbeutung im Bereich der Prostitution ein großes Problem sind. Deshalb be-  
8 darf es rechtlicher Regelungen, die Menschenhandel und Ausbeutung im Bereich der Prostituti-  
9 on wirksam bekämpfen ohne die Menschen in der Prostitution zu kriminalisieren und zu stigma-  
10 tisieren.

11 Mit dem Prostitutionsgesetz war das Ziel verbunden, die notwendigen rechtlichen Vorausset-  
12 zungen für eine selbstbestimmte, nicht-ausbeuterische Prostitution zu schaffen. Menschen in  
13 der Prostitution wurden damit längst überfällige Rechte gegeben. Das Prostitutionsgesetz war  
14 ein erster richtiger und wichtiger Schritt. Selbstkritisch müssen wir Grünen feststellen, dass das  
15 von uns auf den Weg gebrachte Prostitutionsgesetz bislang offenbar nicht in allen Bereichen die  
16 gewünschte Wirkung entfaltet hat.

17 Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist mit ihrer auch aus Expertensicht völlig untauglichen Ge-  
18 setzesinitiative zur Bekämpfung des Menschenhandels und zur gewerberechtlichen Regulierung  
19 von Prostitutionsstätten kläglich gescheitert. Zu Recht wurde der Gesetzentwurf vom Bundesrat  
20 auch mit den Stimmen der baden-württembergischen Landesregierung gestoppt und unterliegt  
21 mit der Bundestagswahl der Diskontinuität. Nun muss die Initiative zu einem wirksamen Schutz  
22 von Menschen in Prostitution von den Ländern ausgehen. Eine Regelung der Prostitutionsbe-  
23 triebe im Gewerberecht könnte ein Einstieg sein.

24 Auch wenn heute schon die Ausbeutung von Prostituierten (§ 180a StGB) und Zuhälterei (§  
25 181a StGB) verboten und unter Strafe gestellt sind, müssen Menschen, die in der Prostitution  
26 tätig sind, wirksamer vor Ausbeutung, aber auch Mietwucher geschützt werden.

27 Wir fordern die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen deshalb auf, eine solche Initiative  
28 auf den Weg zu bringen und dabei auch die landesgesetzgeberischen Handlungsmöglichkeiten  
29 zum Schutz von Prostituierten zu prüfen. Ausgehend von einem fachlichen Austausch mit Ex-  
30 perten und Expertinnen - auch aus dem europäischen Ausland - sowie Menschen in der Prosti-  
31 tution und ihrer Organisationen, sollen wirksame Maßnahmen bis hin zu einer Gesetzesnovelle  
32 gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution sowie zum Schutz von Menschen in Prostituti-  
33 on vor Ausbeutung gefunden werden. Reformvorhaben, die die Menschen in der Prostitution  
34 kriminalisieren würden, lehnen wir klar ab. Für uns gehören der Schutz der Menschen in der  
35 Prostitution und die Stärkung ihrer Rechte und ihrer Position zusammen.“

36 Die Ergebnisse sollen in landespolitische Initiativen einfließen sowie über eine Bundesratsinitiati-  
37 ve darauf hinwirken, dass auf Bundesebene endlich geeignete Weichenstellungen zum Schutz  
38 von Menschen in Prostitution und zur Kontrolle und Regelung der Rahmenbedingungen unter  
39 denen sie arbeiten vorgenommen werden.

40 Über die Fortschritte in diesem Prozess wird erstmals auf dem Landesausschuss im Mai 2014  
41 berichtet.